

Verantwortung für Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung in unserer Stadt

Konstituierende Stadtratssitzung am 14. Mai 2020

Rede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Barbara Pfister

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

liebe städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

verehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,

Herr Oberbürgermeister,

zu Beginn der neuen Wahlperiode stehen wir in ganz besonderer Weise vor der

Herausforderung, zu zeigen, dass Demokratie auch in der aktuellen Pandemie

den besten Weg zur Lösung von Problemen darstellt. Die Wahrung von

Grundrechten, der soziale Zusammenhalt und die Vertretung der Interessen

aller Bürgerinnen und Bürger - gerade auch derjenigen, die benachteiligt

werden - können wir am besten im fairen Streit der demokratischen Parteien

und Fraktionen voranbringen. Unser demokratisch gewählter

Oberbürgermeister bietet zugleich die beste Gewähr dafür, uns besonnen und

mit Blick auf alle Menschen in unserer Stadt durch diese Krise zu leiten.

Die SPD-Fraktion hat sich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der

Verantwortung gestellt, eine stabile Mehrheit in diesem neu

zusammengesetzten Stadtrat zu bilden, um wichtige Entscheidungen für die

Zukunft der Stadt abzusichern. In der Kooperationsvereinbarung mit der CSU, die wir sehr gern gemeinsam mit den Grünen abgeschlossen hätten, finden sich zentrale Aussagen zur Zukunft unserer Stadt, zu Klima- und Umweltschutz, zur Unterstützung der Entwicklung von Universität und Klinikum, für gute Bedingungen für wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige Weiterentwicklung. Inhaltlich gibt es unseres Erachtens kaum einen Punkt, der nicht weitgehend auch den Zielen der Grünen entspricht - und viele Ziele, die auch mit den Vorstellungen vieler anderer in diesem Stadtrat übereinstimmen. Wir legen großen Wert darauf, dass die Grünen über ein neues Referat für Klima- und Umweltschutz, dessen Schaffung den hohen Stellenwert dieser Themen widerspiegelt, in der neuen Stadtregierung vertreten sind. Wir hoffen daher auf breite Unterstützung für die Projekte und Maßnahmen der nächsten Jahre und erneuern unser Angebot der konstruktiven Zusammenarbeit an alle Stadtratsmitglieder der demokratischen Parteien und Listen. Dies gilt ausdrücklich nicht für die AfD, bei der sich durch ihre Missachtung von Grundwerten und ihre menschenfeindliche Haltung jegliche Form der Zusammenarbeit verbietet. Ihre Präsenz im Stadtrat sehen wir als Ansporn, unsere Anstrengungen für eine offene, tolerante Stadtgesellschaft und den Abbau von Diskriminierung zu verstärken. Wichtiger denn je ist hierbei das mutige öffentliche Auftreten der Stadtspitze gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, für das insbesondere Florian Janik steht.

Angesichts der Corona-Pandemie mit all ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen ebenso wie der Klimakrise stehen wir vor einer großen Zahl *alter wie neuer* Fragen – und wir müssen aufrichtig bekennen, dass wir nicht auf all diese Fragen Antworten haben: teils, weil wir sie noch erarbeiten müssen, teils, weil Lösungen allein auf kommunaler Ebene nicht möglich sind. In der Kooperationsvereinbarung haben wir Antworten zu den wichtigsten Bereichen formuliert, um unseren Handlungsspielraum als Kommune zu nutzen.

Im Bereich der **Bürgerbeteiligung** wollen wir auf den Erfolgen seit 2014 aufbauen und weiterhin einen unserer Schwerpunkte setzen. Wir werden Transparenz und Breite der Informationen weiter ausbauen, neue Instrumente der Beteiligung ausprobieren und bisherige auf ihre Wirkung überprüfen. Doch wie lassen sich die wichtigen Prozesse der direkten Diskussion unter den Bedingungen physischer Distanz organisieren? Wie können wir vermeiden, dass die Hürden dafür, sich virtuell zu beteiligen, zum Ausschluss vieler Menschen führen? Zugleich gilt es, auch unabhängig von Corona weiter an Lösungen für eine ausgeglichene Beteiligung zu arbeiten: Wie stellen wir z. B. bei einem Vorhaben zum Wohnungsbau sicher, dass neben den Anwohner*innen auch diejenigen, die dringend eine Wohnung benötigen, Gehör finden? Wie können wir den Einfluss von Einzelinteressen begrenzen? Was bedeuten veränderte Mediennutzung und soziale Medien für die öffentliche Debatte in Erlangen? An

all diesen Aspekten wird die SPD mit großem Engagement gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter arbeiten.

Für die derzeitigen und künftigen Lebensbedingungen in unserer Stadt ist der Umgang mit der **Klimakrise** und den Problemen der **Mobilität** von größter Bedeutung. Die zusätzlichen Belastungen der Pandemie dürfen aus Sicht der SPD an dieser Priorität nichts ändern: Die vorgesehene Summe von 100 Millionen Euro für Maßnahmen aus diesem Bereich belegt dies eindrücklich. Dabei müssen wir auch die Frage beachten, wie durch geeignete Beteiligungsmöglichkeiten gerade beim Thema Klimaschutz ein breiter Konsens erreicht werden kann. Auch wenn wir an den globalen und bundesweiten Rahmenbedingungen wenig ändern können, müssen wir größte Anstrengungen unternehmen, um den CO₂-Ausstoß zu begrenzen, eine nachhaltige Energiepolitik weiter voranzubringen, Artenvielfalt, Grünflächen und Bäume zu schützen - und mit dem Vorrang für ÖPNV, Fuß- und Radverkehr die Belastungen aus dem Verkehr zu verringern. Zentrales Projekt für uns bleibt dabei die **Stadt-Umland-Bahn**, die wir möglichst rasch realisieren wollen. Dafür werden wir in den kommenden Jahren zunächst die Planungen mit breiter Beteiligung vorantreiben und anschließend um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger werben. Uns ist bewusst, dass gerade in der Verkehrspolitik, wenn es darum geht, Parkflächen in der Innenstadt und in Wohngebieten zu verringern, zu Gunsten von Fuß- und Radverkehr den Platz

einzu­schränken, der Autos auf den Straßen und Plätzen zur Verfügung steht, deutlich größere Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Grünen als mit der CSU bestehen. Mögliche Differenzen in diesem Feld werden wir mit der CSU offen diskutieren und uns um Einigung bemühen. Die vereinbarte Kooperation bietet uns jedoch ausdrücklich die Möglichkeit, unser sozialdemokratisches Profil zu deutlich zu zeigen und in bestimmten Fällen auch andere Mehrheiten in diesem Stadtrat für eine fortschrittliche Verkehrspolitik zu gewinnen. Wir sind der festen Überzeugung, dass gerade *diese* auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die gedeihliche Entwicklung der Unternehmen und des Handels in Erlangen sind.

Bei einem weiteren klassisch sozialdemokratischen Thema konnten wir unsere Vorstellungen in der Kooperationsvereinbarung verankern: Auch wenn wir bei der **Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung** als Kommune nur begrenzte Möglichkeiten haben, müssen wir in diesem Rahmen alles tun, um die Folgen von Armut und Langzeitarbeitslosigkeit für das alltägliche Leben der Betroffenen zu mildern. Wir werden nicht verhindern können, dass die einsetzende schwere Wirtschaftskrise auch in unserer Stadt diese Probleme massiv verstärken wird. Bereits jetzt haben viele Menschen mit geringeren Einkünften, Kurzarbeit und drohender Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Daher werden wir uns in den nächsten Jahren für eine Stärkung der aktiven kommunalen Arbeitsmarktpolitik mit städtischen Haushaltsmitteln einsetzen.

Auch der ErlangenPassPlus, der Ausbau der Ganztagschulen, die Konzepte von Kultur für Alle sowie die Angebote der Soziokultur sind für uns wichtige Instrumente für soziale Teilhabe, ebenso wie mehr Inklusion und Barrierefreiheit und vielfältige Angebote im Bereich Sprachförderung und Integration. Durch die Fortsetzung der **Wohnungsbauoffensive**, insbesondere im Bereich geförderter Wohnungen werden wir in einem für viele existenziellen Problem deutliche Verbesserungen erreichen. Was können wir darüber hinaus in Erlangen tun? Dafür wollen wir in offenen Diskussionen gemeinsam mit wichtigen sozialpolitischen Akteur*innen und mit Betroffenen neue Ideen entwickeln.

Wie keine andere Fraktion setzt sich die SPD im Erlanger Stadtrat seit Jahrzehnten für die **Gleichstellung von Frauen** ein. Die Corona-Krise und unser Umgang damit zeigen uns überdeutlich, wie zerbrechlich die Errungenschaften in diesem Bereich sind: Frauen sind in mehrfacher Hinsicht derzeit die Verliererinnen dieser Krise. In häufig schlecht bezahlten Jobs tragen sie den Großteil der erheblichen zusätzlichen Belastungen, in den Familien verflüchtigen sich in Zeiten der Schul- und Kitaschließungen die Fortschritte bei der Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit, Alleinerziehende sind in kaum erträglichen Maße überlastet. Umso wichtiger ist es vor diesem Hintergrund, die städtische Gleichstellungspolitik zu stärken. Mit unserer Forderung nach einer Verdoppelung der Personalressourcen der Gleichstellungsstelle konnten

wir uns hier durchsetzen. Damit wollen wir endlich das voranbringen, was bereits in den 90er Jahren mit dem Ziel der „geschlechtersensiblen Sichtweise“ verknüpft war, zu der sich auch die Stadt Erlangen damals offiziell verpflichtet hat. Doch von einer durchgängigen Praxis der Berücksichtigung der Lebenssituationen und Anliegen von Frauen in allen Bereichen der Stadtpolitik sind wir immer noch weit entfernt. Alle Mitglieder unserer Fraktion, die aus 6 Frauen und 5 Männern besteht, werden sich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister aktiv dafür einsetzen, dies voranzubringen.

Die SPD-Fraktion geht mit klaren Werten, mit Kreativität, hoher Bereitschaft zu Einsatz und offener Diskussion und mit großem Vertrauen in die Menschen unserer Stadt und die engagierten Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung in die neue Wahlperiode. **Lassen Sie uns gemeinsam an einer wirtschaftlich stabilen, offenen, sozial gerechten und ökologisch ausgerichteten Stadt für Alle arbeiten.**